

Berlin intern



Informationsschrift des CDU-Bundestagsabgeordneten Erich G. Fritz für den Wahlkreis Dortmund

Haushaltskonsolidierung und Steuer- und Abgabentlastung bedingen einander

In den Jahren 2006 und 2007 ist die deutsche Wirtschaft um 2,9 Prozent bzw. 2,5 Prozent gewachsen. Auch für das laufende Jahr wird trotz der internationalen Finanzkrise ein Wirtschaftswachstum von ca. 2 Prozent erwartet. Zum ersten Mal seit 15 Jahren kann es im dritten Jahr in Folge ein Wachstum von über 2 Prozent geben. Auch die Zahl der Erwerbstätigen ist gegenüber der rot-grünen Bundesregierung um 1,6 Millionen angestiegen. Mit gegenwärtig ca. 3,2 Millionen Arbeitslosen haben wir den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit zwölf Jahren erreicht.

Diese Entwicklung zeigt, welche richtigen Weichen wir mit dem Dreiklang „Sanieren, Reformieren, Investieren“ gestellt haben.

Die steigenden Steuereinnahmen wurden vom Bund überwiegend zur Rückführung der strukturellen Haushaltslücke verwendet. Somit konnten wir die Neuverschuldung des Bundes von über 30 Milliarden Euro im Jahr der Regierungsübernahme auf voraussichtlich knapp 12 Milliarden Euro in 2008 senken.

Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger

Gleichzeitig haben wir die Bürgerinnen und Bürger an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung beteiligt:

- Deutliche Senkung der Lohnzusatzkosten auf rund 39% zum 1. Januar 2008
- Rentenanpassung

- Erhöhung des Kinderzuschlags
- Elterngeld
- Steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten, Kosten haushaltsnaher Dienstleistungen und Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Privathaushalt

Folgende weitere Entlastungen sind vorgesehen bzw. gerade beschlossen worden:

- Wohngelderhöhung
- Anhebung des Kinderfreibetrags und Erhöhung des Kindergeldes
- Weitere Beitragssenkung zur Arbeitslosenversicherung von 3,3% auf 3%

Vor dem Hintergrund sich eintrübender Konjunkturaussichten mit zu erwartenden geringeren Steuereinnahmen werden wir unsere Reformpolitik fortsetzen und am zentralen Ziel der Union – Budgetausgleich ohne Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 – festhalten. Nur so können wir politischen Gestaltungsspielraum zurückgewinnen und die Staatsfinanzen in Verantwortung vor zukünftigen Generationen sanieren.

Kontakt

Erich G. Fritz MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. (030) 227-73111
 Fax (030) 227-76733
 erich.fritz@bundestag.de
 www.erich-fritz.de

Pendlerpauschale:
Union wartet Urteil des
Bundesverfassungsgerichts ab

Die Union plädiert in der Frage der Entfernungspauschale für eine Neuregelung, die den zu erwartenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht und dabei das Ziel der Haushaltskonsolidierung nicht über Bord wirft. Vor einer abschließenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das Ende 2008 erwartet wird, sieht die Union keinen Grund zur Änderung der Rechtslage.

Das Abwarten des Bundesverfassungsgerichtsurteils ist auch deshalb vertretbar, weil sich jeder Pendler schon heute einen Freibetrag entsprechend der alten Regelung auf der Lohnsteuerkarte eintragen lassen kann. Das heißt, den Berufspendlern geht, wenn sie das auf ihrer Lohnsteuerkarte so eintragen lassen, zurzeit überhaupt nichts verloren. Ihre Steuerbescheide bleiben insofern bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts offen.

Steigenden Energiepreisen
mit mehr Wettbewerb und
Energieeffizienz begegnen

Die enormen Preissteigerungen bei Strom, Gas und Öl belasten die privaten Haushalte und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die steigenden Preise sind auf eine erhöhte Nachfrage bei begrenztem Angebot und auf Finanzspekulationen zurückzuführen. Wer nicht nur an den Symptomen herum kurieren will, der muss für noch mehr Wettbewerb auf den Märkten und für eine Eindämmung der Spekulationen auf den internationalen Energiemärkten sorgen. Bundeswirtschaftsminister Glos hat deshalb ein Paket zur Intensivierung des Wettbewerbs geschnürt: Mehr Wettbewerbsdruck bei der Netzregulierung, leichterem Netzzugang neuer Anbieter und eine strengere Missbrauchsaufsicht über marktmächtige Energieversorger. Auch müssen wir dafür werben, dass Verbraucher durch Anbieterwechsel niedrigere Tarife wählen.

Darüber hinaus ist es notwendig, weiterhin auf Energieeffizienz und den wirtschaftlichen Aus-

bau der erneuerbaren Energien zu setzen. Hierzu enthält das Integrierte Energie- und Klimapakete zahlreiche Maßnahmen. Gleichzeitig gibt der Bund mit dem Marktanreiz- und Gebäudesanierungsprogramm finanzielle Anreize, in Energieeinsparung zu investieren.

Bei Energieeffizienz kann jeder Bürger mitmachen. Zahlreiche nützliche Hinweise hierzu und zum Thema Energie stellt das BMWi auf seiner neuen Website <http://www.energieverstehen.de> zur Verfügung.

Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens verabschiedet

Haus- und Wohnungseigentümer haben künftig die Wahl, welchen Schornsteinfeger sie mit der Durchführung der vorgeschriebenen Überprüfungs-, Kehr- und Messarbeiten beauftragen.

Das neue Gesetz ist notwendig geworden, weil die Europäische Kommission vor allem beanstandet hatte, dass die Ausübung des Handwerks auf nur einen Schornsteinfegermeister pro Bezirk beschränkt ist und dieser außerhalb seines Kehrbezirkes nicht tätig werden darf, was aber der Dienstleistungsfreiheit in der EU widerspricht.

Modernisierung des GmbH-Rechts

Mit der GmbH-Novelle kann sich Deutschland dem europäischen Wettbewerb der Rechtsformen gut gerüstet stellen. Die bewährte und über 100 Jahre alte Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) wird umfassend modernisiert, gegen Missbrauch gesichert und so für den Mittelstand wieder attraktiv gemacht. Dies ist nicht zuletzt angesichts der Konkurrenz ausländischer Rechtsformen (z.B. der englischen „Limited“) notwendig.

Während der Bundestagsberatungen hat sich herausgestellt, dass eine tatsächliche Konkurrenz zur Limited nicht durch eine abgespeckte und auch verwässerte „GmbH light“ mit 10 000 € Mindeststammeinlage zu erreichen ist, sondern es eine tatsächlich mindestkapitalfreie

Alternative geben muss. Diese steht nun mit der „Unternehmergesellschaft“ und ihrer Mindeststammeinlage von nur 1 Euro zur Verfügung.

Gründer, Investoren und etablierte Konzerne erhalten mit dieser Novelle den nötigen rechtlichen Rahmen, um ihre unternehmerischen Ideen schnell, preiswert und unkompliziert umsetzen zu können.

Eigenheimrentengesetz ermöglicht Integration der Wohnimmobilie in staatlich geförderte private Altersvorsorge

Mit dem Eigenheimrentengesetz schafft die Große Koalition ansatzweise einen Ersatz für die Ende 2006 aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ausgelaufene Eigenheimzulage. Familien und jungen Menschen, die sich die Einbeziehung einer Immobilie in die Altersvorsorge vorstellen können, geben wir eine neue Unterstützung, in dem Sparleistungen der staatlich geförderten Riester-Renten jetzt auch zur Finanzierung eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung verwendet werden können.

Gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf konnte die Union Verbesserungen erreichen. Wir haben eine Ausnahmeregelung bei der Zweckbindung der Wohnungsbauprämie für unter 25jährige durchgesetzt, so dass junge Menschen weiterhin einen besonderen Anreiz zum Sparen erhalten. Zugleich erhöhen wir den im Gesetz vorgesehenen Berufseinsteigerbonus von 100 Euro auf 200 Euro sowie dessen Auszahlung vom 21. auf das 25. Lebensjahr. Damit können auch Studenten und junge Menschen in der Berufsausbildung in den Genuss der Förderung kommen.

Mehr Netto für Familien durch erhöhten Kinderfreibetrag und mehr Kindergeld

Die Union tritt für eine deutliche Entlastung der breiten Mittelschicht der Normalverdiener mit Familien und Kindern ein. Die Sozialdemokraten hingegen richten ihr Interesse vor allem auf die oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher, deren Freibeträge gegen die

klare Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eingegeben werden sollen und andererseits auf die weniger gut verdienenden Familien, deren Kindern mit kostenlosen Mittagessen in der Schule geholfen werden soll.

Wir wollen vor allem auch die Normalverdiener-Familien unterstützen und begrüßen deshalb die im Koalitionsausschuss getroffene Übereinkunft, nach Vorlage des Existenzminimumberichts durch den Bundesfinanzminister im Herbst den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2009 zu erhöhen.

Beide Instrumente werden Familien eine spürbare Entlastung bringen. Wer den Eltern genügend Mittel lässt, damit sie selbst und eigenverantwortlich z.B. Schulspeisung oder auch Füllhalter bezahlen können, tut mehr für Familien mit Kindern, als derjenige, der alles vom Staat regeln lassen möchte.

Einigung auf verbindliche Fahrgastrechte

Die Verbraucherpolitiker der Koalitionsfraktionen haben sich mit Bundesverbraucherminister Seehofer und Bundesjustizministerin Zypries auf gemeinsame Eckpunkte zum Thema Fahrgastrechte geeinigt.

Zukünftig bekommen Bahnreisende bei einer 60-minütigen Verspätung 25% und bei einer 120-minütigen Verspätung 50% des Fahrpreises erstattet. Diese Regelung gilt für den Nah- und Fernverkehr.

Statt der bisherigen bürokratischen Gutscheinauszahlung kann der Fahrgast nun auf Bahrzahlung bestehen. Beträgt die Verspätung 60 oder mehr Minuten, kann der Fahrgast von der Bahnfahrt absehen und eine Rückerstattung des gesamten Fahrpreises fordern. Im Nahverkehr gilt künftig schon nach 20-minütiger Verspätung das Recht, auf ein anderes beliebiges Schienenverkehrsmittel umzusteigen, also auch auf schnellere Fernverkehrszüge.

Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion wird es eine gesetzlich verankerte, neutrale Schlichtungsstelle geben, deren Entscheidungen bindend sind.

Mit dem erzielten Kompromiss kommen Bahnkunden schon vor der Umsetzung der EU-Verordnung Ende 2009 in den Genuss effektiverer Fahrgastrechte. Der Gesetzentwurf soll in der Sommerpause im Kabinett beschlossen werden.

Klare Verbotsbereiche und umfassende Transparenz bei der Beschäftigung von Lobbyisten in Bundesbehörden

Künftig wird es klare Verbotsbereiche und umfassende Transparenz bei der Mitarbeit von Externen in Bundesbehörden geben. Dies hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 4. Juni mit großer Mehrheit beschlossen. Niemand muss mehr Sorge haben, dass Gesetze wesentlich von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften mitgeschrieben werden.

Es soll künftig z.B. keinen Einsatz externer Personen bei der Formulierung von Gesetzentwürfen, in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie in sensiblen Bereichen, wie der öffentlichen Auftragsvergabe geben. Die Bundesregierung wird dazu in Kürze eine verbindliche Verwaltungsvorschrift erlassen.

Festhalten am Lissabon-Vertrag

Trotz des Neins der Iren beim Referendum über den EU-Reformvertrag halten wir an seiner Ratifikation fest. Forderungen nach einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ oder einem „Kerneuropa“ sind weder für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch für Bundeskanzlerin Merkel eine Option.

Der Vertrag von Lissabon ist als neue Arbeitsgrundlage für die EU ohne Alternative. Er macht Europa handlungsfähiger, transparenter, demokratischer und verschafft dem Subsidiaritätsprinzip wieder mehr Geltung.

Irland bleibt aufgefordert, bis zum Ende des Ratifizierungsprozesses im Herbst, das weitere Verfahren mitzuteilen.

Fritz im Plenum

Am vorletzten Tag vor der Sommerpause hat Erich G. Fritz drei wichtige außenpolitische Reden im Deutschen Bundestag gehalten.

In seinem Beitrag „Zur China-Politik der Bundesregierung“ forderte Fritz Menschen in Politik, Wirtschaft und Kultur dazu auf, alle Chancen für den Dialog zu nutzen, weil es dann eine Entwicklung zum gegenseitigen Vorteil für Deutschland und für China gebe. Darüber hinaus zeigte sich Fritz in seiner Rede zum Thema „Mehr deutsche und internationale Unterstützung für den Wiederaufbauprozess im Irak“ davon überzeugt, dass die Bundesregierung ihre bisherige umfangreiche Unterstützung für den irakischen Demokratisierungsprozess fortführen werde und setzte große Hoffnungen in die Gespräche der deutsch-irakischen Wirtschaftskommission über die Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Schließlich brachte Fritz in dem Beitrag zum bevorstehenden G8-Gipfel in Japan seine Erwartung zum Ausdruck, der Gipfel werde deutliche Signale für die Weltwirtschaft und für eine weltweite Klimaschutzpolitik geben.

Die Reden von Herrn Fritz MdB können Sie auf der Homepage www.erich-fritz.de nachlesen.

Geschlossen den Reformkurs fortsetzen

Während die SPD vor allem in der Führungsfrage weiter streiten wird, müssen wir in den nächsten Wochen einmal mehr zeigen, dass CDU und CSU das stabilisierende Element der Großen Koalition sind und geschlossen auftreten. Nach der Sommerpause kommt eine Reihe wichtiger Vorhaben auf uns zu, so etwa die Aufstellung des Bundeshaushalts 2009, die mittelstandspolitisch freundliche Ausgestaltung der Erbschaftsteuer und natürlich die Frage, welche Antwort wir auf die hohen Energiepreise geben können.

Mit besten Wünschen für eine schöne und erholsame Sommerzeit

